



Nr. 324. Mittag-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

## Deutschland.

Berlin, 14. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Präsidenten des Reichstanzleramts, Staatsminister Hofmann, neben seinen bisherigen Funktionen zum Minister des Handels und Gewerbe ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Staatsminister und Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, Dr. Falk, sowie dem Staatsminister und Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Friedenthal, unter Belassung des Titels und Ranges eines Staatsministers, die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt, und den Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, von Puttkamer, zum Staatsminister und Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, sowie den Rittergutsbesitzer Dr. Lucius zum Staatsminister und Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ernannt.

Se. Majestät der König hat den bisherigen Münzmeister und Münz-Vorstand Conrad in Frankfurt a. M. zum Director der Königlichen Münz-Anstalten mit dem Range eines Rates dritter Klasse ernannt, und den Regierungsrat de Beauclair in Köln zum Ober-Regierungsrath und Regierungs-Abtheilungs-Diregenten, sowie der Besitzerin des Hotel du Nord, Wittwe Schmidt, Johanna Louise Wilhelmine, geb. Ratzen, zu Berlin, das Prädicat einer Königlichen Hoflieferantin verliehen.

[Allerhöchster Erlass.] Auf den Bericht vom 24. d. M. und I. will Ich nach Ihrem Antrage genehmigen, daß die Verwaltung der Reichseisenbahnen von einem besonderen Reichsamte als einer dem Reichskanzler unmittelbar unterstellten Centralbehörde geleitet werde. Berlin, den 27. Mai 1878. Wilhelm. Fürst von Bismarck.

[Se. Majestät der Kaiser und König] hat den Minister der öffentlichen Arbeiten, Staats-Minister Marbach zum Chef des Reichsamtes für die Verwaltung der Reichseisenbahnen ernannt.

Dem zum königlich niederländischen General-Consul mit dem Sitz in Hamburg ernannten Herrn R. von Schmidt-Pauli ist Namens des Reichs das Exequatur ertheilt worden.

Der Arzt Dr. med. Hermann Barnick zu Berlin ist zum Kreisphysikus des Kreises Eiderstedt mit dem Wohnsitz in Tönning ernannt worden. Den Oberlehrern Dr. Hermann Schellbach und Dr. Julius Markel an der Friedrichs-Realschule in Berlin ist das Prädicat „Professor“ beigelegt worden. — Dem Advocaten Marcard in Hoya ist die Verlegung seines Wohnsitzes nach Osterode a. S. gestattet worden. (R. A.)

○ Berlin, 14. Juli. [Aus dem landwirtschaftlichen Ministerium. — Der Urlaub des Reichskanzlers. — Personalien. — Verleihung.] Der Minister Friedenthal hat in der letzten Zeit noch eine Reihe von Gegenständen für die legislatorische Behandlung in der nächsten Landtagssession vorbereitet. Dahin gehört der Entwurf der Feld- und Forstpolizeiordnung, welcher mit Berücksichtigung der Commissionsbeschlüsse des Abgeordnetenhauses überarbeitet worden ist; im Herrenhause war der Entwurf bereits durchberaten. Es sind keine erheblichen Differenzen übrig geblieben und ist daher wohl zu erwarten, daß das Gesetz in der nächsten Session zu Stande kommen wird. Ferner der Entwurf einer Jagd-polizeiordnung, über welchen im Staatsministerium eine vorläufige Verständigung bereits erfolgt ist, so daß die eigentliche Redaction dem Abschluß nahe ist. Die Durchführung der Reichsjustizgesetze erfordert in ihrer Consequenz eine durchgreifende Änderung der Verfahrens in Auseinandersetzungssachen und ist der Entwurf darüber ebenfalls ausgearbeitet. Sodann ist der Entwurf eines Gesetzes zur Verhinderung landeskulturgäldlicher Waldtheilungen ausgearbeitet; derselbe soll sich an die übrigen zur Erhaltung des Waldes getroffenen Einschüttungen anschließen. Die weitere Behandlung des Entwurfs über die Rechtsverhältnisse der ländlichen Arbeiter, welcher schon ausgearbeitet ist, hängt von dem Vorschreiten concreter Materien ab. — Vor Eintritt eines größeren Urlaubs pflegt der Reichskanzler eine eingehende veritauliche Besprechung mit dem Staatsministerium über die wichtigsten schwierigen Fragen zu halten. Eine solche Versammlung fand heute statt, wobei auch die neuen Minister Bitter, von Puttkamer und Dr. Lucius eingeführt wurden. — Angesichts der bevorstehenden Abreise hat der Kanzler noch einige der dringendsten Personalfragen zum Abschluß gebracht. Es soll zum Unterstaats-Secretair im Reichsschätz-Amt der bisherige Geheime Ober-Finanz-Rath Scholz aus dem Finanzministerium berufen werden, welcher seit Jahren die Statistiken bearbeitet und im Landtag vertreten hat. Die Stelle als Präsident der Staats Schulden-Commission dürfte dem bisherigen Unterstaatssecretär Sydow auf seinen Wunsch übertragen werden. — Das Cultusministerium wird, wie man annimmt, durch den Minister Falk heut an den Minister v. Puttkamer und das landwirtschaftliche durch den Minister Friedenthal an den Minister Dr. Lucius übergeben werden. — Heut früh sind die Allerhöchsten Ordres eingegangen zur Bewilligung der ministeriellen Abschiedsgefechte und der neuen Ernennungen. Dem Minister Falk ist unter Belassung des Charakters als Staatsminister zugleich der Adel für seinen Sohn, welcher als Offizier im Gardehusser-Regiment dient, verliehen worden; eben so dem Minister Dr. Friedenthal der Charakter als Staatsminister und zugleich der Adel.

= Berlin, 14. Juli. [Das zweijährige Budget. — Der in heitliche Tarif. — Pfandbriefwesen und Subhastationen.] Aus der gestrigen Bundesratsitzung wird nachträglich bekannt, daß der Vorsitzende, Staatsminister Hofmann, ein Gesetz eingeführt hat, betreffend die Ausdehnung des Reichsbudgets auf das Jahr an Stelle der bisherigen einjährigen Budgets. Von einer Verlegung oder Verlängerung der Legislaturperioden des Reichstages, wovon nach einem Gericht gleichfalls die Rede gewesen sein soll, ist an unterrichteter Stelle nichts bekannt. Uebrigens handelt es sich auch nur um eine Anregung, welche auch erst im nächsten Jahre greifbare Form gewinnen wird. — Wir haben über die Pläne des Reichskanzlers bezüglich weiterer Fortführung seiner Finanz- und Steuer-reform neulich bereits Andeutungen machen können. Man darf in den erwähnten Vorschlägen ein neues Glied der Kette von Reformen erblicken, welche dem Reiche noch zugedacht sind und für welche eine willfährige Majorität bereits gesichert ist, gleichviel ein wie großer Theil der Verfassung darüber rückwärts revidirt wird. Es handelt sich bei dem zweijährigen Budget um eine ältere Lieblingsidee des Reichskanzlers, für welche er gern auf das Beispiel Bayerns verweist; jedoch wird es sich kaum umgehen lassen, daß auch das preußische Landessbudget dann nur alle zwei Jahre vorgelegt wird. Man rechnet in Regierungskreisen darauf, durch die Neuwahlen zu einer mindestens so willfährigen Majorität wie im Reichstage zu gelangen; stimmt die Rechnung, so wird man nicht nur dies, sondern noch ganz andere Dinge erreichen. — Mit vollkommenem Recht konnte bis jetzt behauptet werden, daß das Centrum weder Concessonen gefordert noch

erhalten hat. Indes darf man sich fest versichert halten, daß die Bundesgenossenschaft für Gegenwart und Zukunft sehr theuer bezahlt werden wird. — Der Bundesrat hat sich gestern vertrat, indessen ist es trotzdem nicht unwahrscheinlich, daß die Ausschüsse ein oder ein anderes Mal während der Vertragung berufen werden. Eine sehr große Arbeitslast bleibt dem Bundesrathe durch die Ausführung zu erledigen. Diese Arbeiten gestalten sich noch weit umfangreicher, als wir das neulich andeuteten konnten. Im September werden die Arbeiten des Bundesrates wieder aufgenommen. Bildete der Zolltarif den Schwerpunkt der gegenwärtigen Session, so werden Eisenbahngütertarife und Eisenbahngesetz im Mittelpunkt der nächsten sich befinden. Der Reichskanzler hat Gelegenheit genommen, zu betonen, daß die Durchführung eines einheitlichen Gütertarifgesetzes einen Hauptpunkt seines Finanzprojektes bilden und es soll ihn ernstlich bestimmt haben, daß der Widerspruch der Mittelstaaten seinen Plan vereitelt hat, auch diesen Entwurf während der jetzigen Session zum Austrag zu bringen. — Man bedauert lebhaft, daß die beiden wichtigen, vom Reichsjustizamt vorgelegten Gesetze über das Pfandbriefwesen und über die Subhastationen von Eisenbahnen unerledigt geblieben sind, zumal da in dem Justizamt über Jahr und Tag mit Aufgebot aller Kräfte an diesen Gesetzen gearbeitet worden und ihr Erlass als ein dringendes Bedürfniß sich herausgestellt hat.

[Herr Dr. v. Treitschke] veröffentlicht folgendes Schreiben an den Vorsitzenden der nat.-liberalen Fraction:

Berlin, 11. Juli 1879.

Hochgeehrter Herr!

Da die für heute Abend beabsichtigte Fractionssitzung nicht stattfindet, so sehe ich mich genötigt, hiermit schriftlich meinen Austritt aus der national-liberalen Fraction zu erklären.

Die Fraction wird morgen mit überwiegender Mehrheit die gesammte Tarifvorlage verwerfen. Sie wird dadurch, selbst wider den Willen vieler Mitglieder, in die Stellung einer geschlossenen Oppositionspartei hinaufgerückt werden, und bei den bevorstehenden preußischen Wahlkämpfen muß, wie ich glaube, die Führung der Partei unausbleiblich jenen Mitgliedern zufallen, welche entschlossen sind, die Politik der Reichsregierung fortzuführen.

Getreu der Überzeugung, welche ich in der Fraction oft ausgesprochen habe, halte ich diese Wendung für einen verbängnisvollen politischen Fehler. Ich fühle mich außer Stande, dabei mitzuwirken, obgleich ich nur mit aufrichtigem Schmerz aus einer Genußlosigkeit scheiden kann, in der ich so viele treue und hochgeschätzte Freunde gefunden habe.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

H. v. Treitschke.

[Die internationale Tarife.] Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Ein Erlass des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 24. Juni d. J. durch welchen als Endtermin für die Umarbeitung der internationalen Tarife der 1. Januar d. J. bezeichnet wird, erfährt in der Presse mehrfach eine Beurtheilung, welche aus Unkenntniß der tatsächlichen Verhältnisse und Vorgänge beruht. Insbesondere wird für die direchten Verkehrsbeziehungen mit Österreich-Ungarn ohne Grund geschriften. Schon seit mehr als zwei Jahren schwelen die Verhandlungen über herstellende kombinierte Tarife mit den österreichisch-ungarischen Bahnen, und ist schon vor Jahresfrist das Ergebnis derselben von der preußischen Aufsichtsbehörde in seinen wesentlichen Grundzügen genehmigt. Die bayerischen und sächsischen Staatsbahnen haben derartige Tarife seit längerer Zeit bereits eingeführt. Am 1. Juli d. J. sind solche Tarife auch auf den Verkehr mit den hessischen Ludwigsbahnen ausgedehnt, haben also schon Frankfurt a. M., Mainz und Bingen erreicht. Die Umarbeitung der übrigen Verbandstarife mit Österreich-Ungarn kann, da man allerlei über die Grundlagen einig ist, keine Schwierigkeiten bieten. Die bezüglich der Frage der Tarifsätze in dem Verfahre mit den Seeplätzen noch schwelenden Verhandlungen werden gleichfalls rechtzeitig eine Erledigung finden, um die Einführung der neuen Tarife am Jahresende zu sichern. In dem Minister-Erlass konnte daher mit Erfriedigung constatirt werden, daß die Einführung der kombinierten Tarife zu den bezeichneten Termine mit Grund zu erwarten sei. Es handelt sich in der That wieder um eine Unterbrechung des directen internationalen Verkehrs, noch um eine plötzliche und unerwartete Maßregel, noch um einen „Tarifkrieg“ mit Österreich, noch endlich um ein Vorgehen, von welchem Bayern sich auskönnen könnte oder würde, und unter welchem nur die übrigen deutschen Bahnen vermeintlich leidensein würden. Jeder, der die grundzählichen Verschiedenheiten zwischen den jeweiligen internationalen und den internen deutschen Gütertarifen kennt, wird ganz abgesehen von der Einwirkung derselben auf die deutschen Wirtschaftsinteressen und auf die Zoll- und Handelspolitik des Reiches — schon aus tariftechnischen Gründen und im Interesse des Eisenbahnverkehrs selbst, eine baldige Beendigung dieses völlig unhalbaren Zustandes als nothwendig und unerlässlich bestätigen.

[Die „Soziale Frage“.] Centralblatt für die freie Entwicklung des Gewerbelebens in Deutschland. Organ des Deutschen (anti-socialdemokratischen) Arbeitcongreses und anderer verwandter Vereinigungen, bringt belehrende, volksthümlich gehaltene Artikel aus dem Gebiete der Volks-wirthschaft, der Social- und Gewerbepolitik und widmet der praktischen Auf-besserung der sozialen Verhältnisse besondere Aufmerksamkeit und erscheint wöchentlich einmal. Sie ist durch die Post sowie durch alle Buchhandlungen und die Expedition, Charlottenburg-Berlin, Berlinerstraße 110, zu beziehen. Nr. 28 enthält: Die unmoralischen Ausgaben und die Verschwendungen. — Gegenwart und Zukunft des Handwerks. Schluss. — Socialpolitische Rundschau: Deutschland. Österreich. Frankreich. England. — Wirkungen des Socialistengesetzes. — Praktische Maßnahmen: Die Ausbildung von Handwerkslehrlingen in Eisenbahnwerkstätten. — Correspondenz der „Socialen Frage“. Petersburg. — Vereins- und Localberichte: Guben. Bromberg. Chemnitz. München. — Aus der Gesetzesmappe. — Bücherschau. — Deutscher Arbeitercongrès.

— ch Von der sächsischen Grenze, 12. Juli. [Abdication der sächsischen Fortschrittspartei. — Handelsstreitkammer Bittau. — Conservative Vereine.] Von den sechs Mitgliedern der Fortschrittspartei des sächsischen zweiten Kammer haben vier die Erklärung abgegeben, daß sie ein Mandat für den sächsischen Landtag fernerhin nicht annehmen werden. Es sind das die Abgeordneten Petri, Eysoldt, Blüher und Starke. Da in den meisten Wahlkreisen die persönliche Beliebtheit des Abgeordneten maßgebend ist, und überdies in Sachsen jetzt die conservativen Wogen hoch gehen, so kommt dieser Entschluß der Abdication der Fortschrittspartei für Sachsen gleich, die ohnehin durch den Absatz eines schwarzöllerisch gesinnten Theils der Partei vom Liberalismus überhaupt geschwächt ist. — Die Errichtung einer Handelsstreitkammer in Bittau ohne gleichzeitige Errichtung einer solchen in Bautzen hat die Folge gehabt, daß die Löbauer Handelsfirmen sich einstimmig für die Zuweisung des Amtsgerichtsbezirks Löbau in den Bezirk der Kammer für Handelsfachen in Bittau erklärt, während Stadtrath und Advocaten in Löbau an das Justizministerium die Bitte gerichtet haben, den Amtsgerichtsbezirk Löbau auch in Handelsfachen bei dem Bautzener Landgerichte zu belassen. Die Rücksicht darauf, daß in Bautzen keine kaufmännischen Beisitzer des Gerichts in Handelsprozessen berufen werden, in Bittau aber Sachverständige den Ausschlag geben, war maßgebend für den

Beschluß der Löbauer Kaufleute. — Die Zahl der conservativen Vereine in Sachsen vermehrt sich von Woche zu Woche. Auffällig könnte dabei die lebhafte Beteiligung der Großindustriellen erscheinen, die sich sonst zur liberalen Partei zu halten pflegten, wenn man nicht wüßte, daß sie durch die Schutzölle an die conservative Partei gefesselt sind. Uebrigens ist die Beteiligung an den Vereinen, abgesehen von Beamten, Gemeindevorständen, orthodoxen Pastoren und Lehrern, meist eine sehr geringe.

## Frankreich.

○ Paris, 12. Juli. [Kammer. — Zur Leichenfeier in Chiselhurst.] Die Kammer hat gestern die Generaldebatte in Sachen des Budgets beendet. Sie zeigt nur ein mäßiges Interesse für diese Finanzangelegenheiten; nicht nur waren die Bänke der Rechten vollständig leer, was sich durch die Leichenfeier in Chiselhurst erklärt, sondern auch die Reihen der Linken waren stark geleert und die Zahl der anwesenden Deputirten belief sich nicht über 150 oder 160, von denen überdies nur die wenigsten mit Aufmerksamkeit der Verhandlung folgten, obgleich drei Redner von Bedeutung, nämlich der Präsident der Budgetcommission Brisson, ihr Berichterstatter Wilson und der Finanzminister Leon Say austraten. Brisson zeigte eingehend, worin die Vorschläge der Commission und der Regierung von einander abweichen. Im Prinzip stimmen beide überein, es handelt sich nur um Detailunterschiede. In der That will die Regierung die Patentsteuer um 18 Eis. erleichtern, die Commission nur um 13 Eis., aber dies letztere System würde ihr gestatten, 4 Mill. auf die Verminderung der Papier- und der Stearinsteuer zu verwenden. Diese letztere Verminderung erklärte Brisson, werde im Interesse nicht nur der Fabrikanten, sondern der großen Masse der Consumenten beantragt. Weiter verglich Brisson die Budgets des Kaiserreichs, die immer in ein Deficit auslaufen, mit denjenigen der Republik, deren Gleichgewicht aufrecht erhalten werde, trotz der ungeheure Kosten, welche der Krieg von 1870, die Erbschaft des Kaiserreichs, der Republik auferlegte. Der Finanzminister Leon Say gab einmal wieder einen Beweis seiner Vorsicht. Er will nichts von der Verminderung der Papier- und der Stearinsteuer wissen. Die Budgetüberschüsse scheinen ihm nicht hinlänglich gesichert, er hält es für klüger, die von der Commission beantragten Reformen bis zum nächsten Jahre zu verschieben. Der Minister zählte dann die Erhöhung der Ausgaben auf, welche man in diesem Jahre für nothwendig gehalten, namentlich der Ausgaben für den Unterricht. Man hat Unrecht, sagt er, wenn man behauptet, die republikanische Regierung müsse vor Allem eine Regierung zu billigem Preise sein. Ihre Aufgabe ist es nicht, billig zu regieren, sondern dafür zu sorgen, daß das Geld der Steuerzahler eine nützliche Verwendung findet. Wilson sprach in demselben Sinne wie Brisson. Man begann hierauf mit der Spezialdebatte, die aller Wahrscheinlichkeit nach schnell von Statten gehen wird. — Heute beschäftigte sich die Kammer mit dem Gesetze über den Staatsrat, eines von denjenigen, welche bereits im Senate von der republikanischen Mehrheit in Übereinstimmung mit der Regierung votirt worden sind. Es dürfte aber zu einer ziemlich lebhaften Debatte kommen, denn die Commission der Kammer hat einen Zusatzartikel an das Project angefügt, welcher von der Regierung nicht gebilligt wird. Sie will nämlich, daß die bisher dem Staatsrat angehörenden Mitglieder, die bekanntlich fast alle den reactionären Parteien angehören, sich einer neuen Investitur unterwerfen. Sie schlägt also vor, daß man den Staatsrat einfach aufhebe und dann auf Grund des neuen Gesetzes neu constituiere. — Im Senat ist es gestern zu einer sehr stürmischen Scene gekommen. Man hatte die Verathung über die Eisenbahnvorlagen fortgesetzt und der Orleansischer hatte dabei die Projecte des Arbeitsministers de Freycinet lebhaft angegriffen. Es galt nun, die Tagesordnung für heute festzusetzen und der Präsident beantragte zunächst die Ernenntung einer Commission für das Ferry'sche Unterrichtsgesetz. Der Legitimist de Lareinty aber bekämpfte diesen Vorschlag im Namen der Rechten und meinte, man müsse die Senatoren abwarten, die sich nach Chiselhurst begeben haben. Pelletan von der Linken hielt diese Forderung für sehr anmaßend; die Republik habe ihre Gefälligkeit und Nachsicht für die imperialistische Partei nicht soweit zu treiben, daß man der Leichenfeier in Chiselhurst wegen der parlamentarischen Arbeiten verhindern sollte. Uebrigens gab Pelletan zu verstehen, daß es sich bei dem Antrag de Lareinty's auch wieder bloß um ein Mandat handle, um die Annahme des Ferry'schen Gesetzes hinauszuschieben. Die Linke applaudierte; aber als es zur Abstimmung ging, machte ein Theil des linken Centrums mit der Rechten gemeinsame Sache und die Ernenntung der Commission wurde auf nächsten Dienstag vertragt. Das Votum rief große Aufregung hervor und das linke Centrum des Senats wird heute von der republikanischen Presse übel mitgenommen. — Sonst sind die Tagesneuigkeiten düstig. Das Wetter bleibt sehr schlecht und man hat wenig Hoffnung, die morgige Revue und das Fest des 14. Juli glänzend ausfallen zu sehen. Die bonapartistischen Blätter unterhalten ihre Leser eingehend von den Vorbereitungen zur Leichenfeier in Chiselhurst, die in diesem Augenblick stattfindet. Die Republikaner haben sich ein wenig dadurch verlebt gefühlt, daß die englische Regierung und das englische Volk dem Leichnam des kaiserlichen Prinzen so große, wahrhaft souveräne Ehren erweist. Ohne gerade die englische Regierung zu tadeln, haben doch die republikanischen Blätter nicht die Bemerkung unverdrücken können, daß dieselbe des Guten dem doch zu viel thue. Die „Times“ hat in einem Leitartikel die Franzosen zu beruhigen gesucht, indem sie auseinandersetzt, daß die Engländer sich in dieser Angelegenheit blos durch persönliche Sympathien leiten ließen und daß sie darum nicht minder für die Leistungen der französischen Republik die größte Anerkennung hegten. Aber dieser Artikel hat seinen Zweck nicht erreicht, er hat hier eher mißfallen. Die Gambetta'sche „République“ erwidert heute darauf unter Anderem: „Die Bemerkungen der „Times“ sind überflüssig. Die öffentliche Meinung in Frankreich weiß, was sie von solchen Kundgebungen zu halten hat; sie beschäftigt sich mit ernsteren Dingen und was die Regierung angeht, so betrachtet sie mit vollständiger Seelenruhe, was man an dem Kinde, das unter den Streichen der Juju's gefallen, wieder gut zu machen sucht. Man begreift sehr gut die Verlegenheit der englischen Behörden: Der kaiserliche Prinz ist unter ihren Aufsichten gestorben und das unter Umständen, welche denen, die an diesem

Aventeuertheilnahmen, nicht zur Ehre gereichen. Es ist ganz in der Ordnung, daß man vor diesem Sarge so zu sagen Buße thut. Werdings schien uns, daß unsere Nachbarn in dem Ausdruck ihrer Neude etwas zu weit gehen und daß sie sich ein wenig zu stark auf die Brust schlugen. Sie haben sich selber allerlei übel Klingende Namen beigelegt, deren Bedeutung man zweimal hätte überlegen müssen, ehe man sie aus sprach, und mehr noch, ehe man sie niederschrieb. Aber das ist ihre eigene Sache. Wir danken der „Times“ für die gute Absicht und da eine Gefälligkeit die andere wert ist, so wollen wir ihr einen Rath geben: Neben den Artikeln, worin sie uns ihre Sympathien ausspricht, veröffentlicht sie Pariser Correspondenzen, die sich in einem imperialistischen Blatte nicht schlecht ausnehmen würden. Diese Dinge machen in Paris wenig Aufsehen und sie werden mit Verachtung aufgenommen. Nur wundert man sich nachgerade darüber, daß ein Journal, wie die „Times“, dergleichen aufnimmt. Sie hat ohne Zweifel das Recht zu drucken, was ihr gefällt, aber es steht ihr schlecht an, in einem Theile des Blattes für die Gegner der Regierung Reklame zu machen und in einem anderen Theile desselben Blattes zu behaupten, daß man für diese Regierung die wohlwollendsten Gefühnisse habe.

Paris, 12. Juli. [Ein Schreiben Louis Napoleon's.] Der „Figaro“ ist in der Lage, folgendes Schreiben (mit Weglassung einiger Stellen) mitzuteilen, welches der kaiserliche Prinz noch aus dem Kaffernlande an einen seiner Jugendfreunde, der selbst ungenannt bleiben will, gerichtet hat:

Marienburg, den 20. April 1879.  
Mein lieber . . . Seit meiner Abreise habe ich Ihnen noch nicht geschrieben; glauben Sie darum nicht, daß ich Sie vergessen habe, denn Gott, der in meiner Seele lebt, könnte sagen, welchen Platz darin das Andenken meiner Freunde und meines Vaterlandes einnimmt. Obgleich der zweite Theil des Februarblattes noch nicht begonnen hat, stelle ich schon seit 3 Wochen in der Rüstung. Ich verstehe augenblicklich die Functionen eines Generalstabs-Offiziers beim Oberbefehlshaber. Das ist für mich die beste Art, zu leben, zu lernen und das Kriegshandwerk zu treiben. Ich habe es über mich gewonnen, das Commando über eine Schwadron Guerilla-Soldaten abzulehnen. Wie verschrikerlich das Anerbieten auch war, dachte ich, daß ich in meiner gegenwärtigen Stellung mehr lernen und bessere Dienste leisten kann. . . . Da Sie mein Freund sind, liegt es Ihnen ob, mein Verhalten zu erklären und zu vertheidigen, und obgleich meine Abreise jetzt schon eine alte Geschichte ist, will ich doch mit Ihnen auf die Ursachen, die mich zu derselben bestimmten, zurückkommen. Ich habe mir bei Niemand Raths erholt und mich in 48 Stunden entschlossen. Ich hatte aber schon lange über diesen Fall nachgedacht und mir dafür einen Plan entworfen. Nichts konnte mich daher auch nur eine Minute in meinem Entschluß wankend machen; für Jeden, der mich kennt, ist das ganz natürlich. Aber wie viele kennen mich? Vielleicht nicht einer; denn ich erinnere mich, von denen, die mich am besten kennen sollten, sehr ungerecht beurteilt worden zu sein. . . Ich schäme mich wirklich, so viel von mir selbst zu sprechen; aber es muß mir daran liegen, die Zweifel zu zerstreuen, die man noch diskutieren über die Energie meines Willens hat, welche, glauben Sie es nur, jeden Zugeständnis und jeder Feigheit unfähig ist und bleibt.

Wenn man einem Geschlechte von Soldaten angehört, kann man sich nur mit dem Eisen in der Hand zu erkennen geben und wenn man auf Reisen etwas lernen will, muß man in die Ferne ziehen; ich hatte mir daher schon lange versprochen: 1) eine weite Reise zu machen, 2) keine Gelegenheit zu verhüten, mich an einem Feldzuge zu beteiligen. Die Niederlage von Isandula bietet mir die erwünschte Gelegenheit. Da der afrikaniische Krieg sich in einem großen Maßstabe entfaltet, ohne europäische Verwicklungen nach sich zu ziehen. . . Alles drängt mich also zur Abreise und ich reiste ab. In einem anderen Briefe werde ich Ihnen oder einem unserer Freunde Näheres über die Operationen mittheilen. Empfehlen Sie mich den leichten zur freundlichen Erinnerung, und seien Sie meiner unveränderbaren Freundschaft versichert.

Napoleon.

## Großbritannien.

A. C. London, 11. Juli. [Parlaments-Verhandlungen.] Im Unterhause geben den Haupthaft der Sitzung — die Einzelberatung der Armee-Disciplin-Bill — eine Menge von Anklagungen und Anfragen voran.

Im Laufe der Specialdebatte über die Armee-Disciplin-Bill ereignete sich eine sehr stürmische Scene.

Mr. Sullivan, ein Home-Ruler, erhebt sich von seinem Sitz und bemerkte, daß sich in einer der für die Mitglieder des Hauses reservierten Galerien ein junger Mann befände, welcher Notizen von den Verhandlungen niederschreibe; die gleiche Persönlichkeit sei schon während der letzten paar Tage in ähnlicher Weise beschäftigt gewesen, während das Haus im Comite über die Armeecbill berathen habe. Derselbe notire die Namen gewisser Mitglieder des Hauses, wie oft dieselben sprechen und wie lange. Das sei tatsächlich eine Art Spionage und etwas ganz unerhörtes. Er (Mr. Sullivan) protestire dagegen, erbitte sich den Schutz des Vorstehenden und verlange zu wissen, auf wessen Autorität jene Persönlichkeit auf besagten Platz gestellt worden sei. Er beantragte die Wiederaufnahme der Plenarsitzung, damit der Sprecher seinen Sitz einnehme und Rede und Antwort stehe. Der Schatzkanzler geht rasch hierauf ein; das Haus dagegen. Der Vorstehende verläßt seinen Sitz, wenige Minuten nachher tritt der Sprecher ein und Mr. Raikes erklärt den Grund der Unterbrechung der Comitesitzung. Nach einer Wiederholung der Beschwerde Seitens Mr. Sullivan und einer Erklärung Mr. Carttaw's erhebt sich der Sprecher und erklärt unter stürmischen Zurufen, daß er die Verantwortung auf seine eigene Schultern nehme. Ob das Verfahren ehrenhaft oder unehrenhaft, es sei auf seine Veranlassung geschehen. (Diese Erklärung wird einerseits mit erneuten Zurufen, andererseits mit „Oho“ und Murren aufgenommen.) Der Schatzkanzler bemerkte ferner, daß Angesichts der steten Unterbrechungen in den Comite-Berathungen über die Armeecbill, er gewünscht habe, daß eingehendere Notizen über die Verhandlungen gesammelt würden, als sie von den Tagesblättern veröffentlicht würden. Diese Notizen bezogen sich jedoch keineswegs auf besondere und individuelle Mitglieder. Es handle sich einfach um christliche und unparteiische Berichte und er erstaune, daß ein Mitglied des Hauses ihn im Verdacht gehabt habe, dieselben zu dem angedeuteten Zwecke verwenden zu wollen. Auch handle es sich dabei nicht um das, was gesprochen würde, sondern um die Namen der Sprecher. Alle? rief Mr. Parnell. Alle, antwortete der Sprecher und die Zurufe begannen von Neuem.

Mr. O'Connor Power wendet sich hierauf in lautem und gereiztem Tone und trock der häuslichen „Ordnungsruhe“, an den Sprecher und erklärt denselben, daß, wenn er geglaubt habe, daß diese eingehenderen Notizen ihn in der Ausübung seiner Pflichten unterstüßen würden, es nur recht und billig gewesen wäre, wenn er die Einwilligung des Hauses in ein Verfahren zu erlangen gesucht hätte, das, sei es nun nothwendig oder nicht, in den Annalen des Parlaments etwas Unerhörtes sei. Die Mitglieder des Hauses seien vollständig berechtigt, sein Verhalten in Frage zu ziehen; da die Frage beantwortet sei, so könne die Comite-Berathung wieder aufgenommen werden. Beim Verlassen seines Sitzes wird der Sprecher abermals mit lauten Zurufen begrüßt, während Mr. O'Connor Power ihm mit gellender Stimme „I protest“ nadrieth. — Nachdem Mr. Raikes seinen Sitz wieder eingenommen, beantragte Mr. Power abermals die Wiederaufnahme der Plenarsitzung unter dem Vorwand, daß der Sprecher dem Hause seine Jurisdiction entzogen habe. In leidenschaftlichem Ton und mit heftigen Gebuden besteht er auf seinem Rechte, das Verfahren des Sprechers in Frage zu ziehen und anzutreten. Eine noch stürmischere Scene folgte als Mr. Dodon die Ordnungsfrage stellte und der Vorstehende sich zur Verantwortung erhob. Beide wurden von Mr. Barnell unterbrochen, welcher von seinem Sitz aus sitzte und geschilderte, obgleich er von allen Seiten mit Ordnungsrufen und Aufrufungen zum „Sitz“ förmlich überschüttet wurde. Endlich gehörte er der Aufrufung, versuchte jedoch noch von seinem Sitz aus, sich Gehör zu verschaffen. Als endlich verhältnismäßige Ruhe hergestellt worden, wies der Vorstehende darauf hin, daß ein Comite des Hauses sich nicht mit der Angelegenheit befassen könne, wo Mr. Barnell die Einwendung mache, daß er das Verfahren des Sprechers vor dem Hause mit dem Sitz angreifen wünsche und darum die Wiederaufnahme der Plenarsitzung beantragt habe. Der Vorstehende bemerkte ihm hierauf, daß es nicht respectvoll gegen das Comite sei, in dem Ton zu sprechen, den er gegen die höchste Autorität des Hauses angewendet habe.

Mr. Barnell bestreitet jedoch auch dies und erklärt dem Vorstehenden, daß es noch eine höhere Autorität als diejenige des Sprechers gebe, nämlich das Haus selber.

Nach Beendigung dieses Zwischenfalls erledigt das Haus die noch

übrigen Paragraphen der Armee-Disciplin-Bill mit Abschluß der prüfungstellten Clauses, deren Berathung bis zur nächsten Sitzung verlängert wird. — Die Sitzung schließt erst kurz vor 3 Uhr Morgens.

A. C. London, 12. Juli. [Parlaments-Verhandlungen.] Das Unterhause hielt zwei Sitzungen. In der Tagessitzung, welche kurz nach 2 Uhr beginnt, erläutert der Schatzkanzler auf eine Anfrage des radicalen Abgeordneten, Mr. Burt, es sei keine Veranlassung vorhanden, dem Hause einen Credit für irgend welche Kosten in Verbindung mit der Beerdigung der Überreste des Prinzen Louis Napoleon zu unterbreiten.

Vor voller Bänken und Zuschauerräumen stellt sodann Mr. Parnell folgenden Antrag: „Das Bericht über die Verhandlungen des Hauses, die von Beamten des Hauses ohne vorherige Anordnung, Sanction oder Befehl des Hauses und für Zwecke, die dem Hause vorher nicht entthüllt worden sind, abgesetzt werden, und die andere sind als die Protolle, welche der Secretair am Tische des Hauses über dessen Verhandlungen niederschreibt, ohne Vorgang (procedure) in den Gebräuchen und Usancen sind eine Verleugnung der Privilegien des Parlaments darstellen und eine Gefahr für die Freiheit und Unabhängigkeit der Debatte bilden.“ Der Antragsteller behauptet, daß der Sprecher eine Ermächtigung handele und daß das Niederschreiben irgend welcher anderer Protolle, als die des Secretairs, unregelmäßig wäre. Wünsche der Sprecher vollständigere Protolle als die üblichen, so müsse er einen solchen Wunsch dem Hause vorlegen und dessen Ermächtigung dazu nachfragen. Am Schlusse seiner Rede verliest er nochmals seinen Antrag, den er nunmehr mit den Worten „ohne Vorgang in den Gebräuchen und Usancen des Parlaments“ schließt. Auf Befragen des Sprechers erklärt er, daß er die beiden letzten Theile des Antrages fallen lässe.

Mr. O'Connor Power unterstützt den Antrag.

Der Schatzkanzler erläutert, daß der Sprecher seit Antritt seines Amtes nichts gethan habe, was im Geringsten zu dem Verdacht Veranlassung geben könnte, daß er die wirklichen Beziehungen zwischen ihm und dem Hause außer Augen gelassen habe. Keiner seiner Vorgänger hat sein hohes Amt mit größerer Unparteilichkeit, Fähigkeit und Höflichkeit ausgeübt. Das Haus werde hoffentlich auch, wie recht und billig, dem Sprecher gegenüber sich einer Haltung aufrichtigen Respectives befestigen. Das müsse aber nicht allein mit Worten geschehen. Dem wahren Respect entspreche es keineswegs, wenn man sich der Grenze, welche Achtung von Mißachtung trennt, so hart wie nur eben möglich, nähere. Was die Resolution anbetreffe, so sei es kaum etwas Anderes als ein Ladel des Verfahrens des Sprechers, er glaube, daß das Haus billigen werde, was derselbe gethan habe. Es sei Pflicht des Hauses für den Sprecher einzutreten. Derselbe sei berechtigt, den Comiteberathungen anzuwohnen; er befiehlt daher auch das vollste Recht, während seiner Abwesenheit durch irgend jemand Notizen über die Verhandlungen anfertigen zu lassen. Während vieler Jahre seien Notizen dieser Art von den Beamten angefertigt worden; er habe gerade ein Buch zur Hand, welches bis zum Jahre 1850 zurück datire, in welchem der Name jedes Redners, die Länge seiner Rede u. c. u. auf's Genaueste verzeichnet sei; dies diene den Beamten des Hauses und sei nicht für die Veröffentlichung bestimmt. Es verstoße diese Praxis keineswegs gegen die Privilegien des Hauses; im vorliegenden Falle sei nur ein wenig mehr für die persönliche Information des Sprechers notirt worden. Er fordere das Haus auf, als ein Amendement eine Resolution anzunehmen, welche das Vertrauen in das Verhalten des Sprechers in seinem Amt aus spreche. Redner beantworte eine kurze in diesem Sinne gehaltene Resolution, welche das Verfahren des Sprechers in dieser Angelegenheit als ein gerechtsameres erklärt.

Der Marquis v. Hartington unterstützt das Amendement unter lebhafter Zustimmung der großen Majorität des Hauses. Er bestreitet die Behauptung des Antragstellers, daß der Sprecher der Diener des Hauses sei, er sei dies zwar in allen Angelegenheiten, welche die äußeren Beziehungen des Hauses betreffen, im Hause selbst aber die höchste Autorität. Er schließt sich der Anerkennung an, welche der Schatzkanzler der vollkommenen Unparteilichkeit des Sprechers gezollt habe. Unter obwaltenden Umständen hat derselbe gar oft hohen Tact und Gleichmuth und große Geduld zeigen müssen und dies allzeit auch gethan.

Mr. Gladstone bemerkte, daß er unter dem Regiment von 5 verschiedenen Sprechern gestanden und sei es heute das erste Mal, daß eine das Verhalten des Sprechers tadelnde Resolution eingebraucht werde. Er billige die Erklärungen des Schatzkanzlers und des Führers der Opposition (Hartington) vollkommen, müsse jedoch das Haus darauf aufmerksam machen, daß eine Annahme der Resolution, wie sie auch reducirt sein möge, gleichbedeutend mit der Verurtheilung einer Praxis sei, welche dem Antritt nach bereits seit 29 Jahren bestehne. Er seie keinen Grund für eine solche Verurtheilung ein; er betrachte derartige Informationen als sehr zweckentsprechend, auch sei die Praxis niemals bestanden worden und müsse es gar sehr auffallen, wenn man heute dem Herrn eine Rüge ertheile, welcher seit 29 Jahren am gleichen Tische gesessen habe. Die Abstimmung werde beweisen, daß das Haus der Ansicht sei, der Sprecher habe die Pflicht gebaut; sich in die Lage zu versetzen, seine wichtige Meinung über eine Frage abgeben zu können, welche sich auf die Geschäftsführung des Hauses bezieht. Das Haus werde wünschen, dem Sprecher durch einen herzlichen Ausdruck seiner Unterstützung und seines Vertrauens entgegen zu kommen.

Mr. O'Donnell erwidert, die Resolution Parnells bezwecke nicht, den Sprechern anzutreten, sondern den Gebrauch, vertraulicher Berichte der Verhandlungen des Hauses ohne dessen Wissen und Genehmigung abzuholen, zu missbilligen. Seine vertragte Information würde werthlos sein. Berichte von unwürdigen (Parnell bediente sich des Ausdrucks „worthless“) Agenten. Der Sprecher: Die Beamten des Hauses sind Gentlemen, wie wir selber; hoffentlich wird das ehrenwerte Mitglied die Bezeichnung „worthless“ zurücknehmen.

Mr. O'Donnell bemerkte, er beabsichtigte nicht den Charakter dieser Beamten anzugreifen, sondern nur darauf aufmerksam zu machen, daß ihre Berichte ohne Gewicht sein würden. Im Weiteren erinnert der Redner daran, daß der Marquis von Salisbury in seiner neulich in der City gehaltenen Rede gewisse englische und irische Deputate „Revolutionäre“ genannt habe. Das sei eine Unverschämtheit, die von seinen Collegen im Cabinet hätte gerügt werden sollen. (Mehrere Abgeordnete verlangen einen Ordnungsruf, aber der Sprecher nimmt keine Notiz davon.) Mr. O'Donnell schließt seine Rede mit der Bemerkung, daß, wenn die Regierung sich der irischen Opposition zu entledigen wünsche, sie blos Maßregeln einzubringen brauche, die der Unterstützung würdig und dazu angehören seien, das Gemeinwohl zu fördern.

Dr. Kenealy freut sich, daß diese Debatte stattgefunden. Sie würde sich als eine werthvolle Lehre für das Haus und die Regierung erweisen. In der Opposition gegen den neuen Militärordex hätten die irischen Deputirten gute Dienste geleistet. Dafür wären sie im Hause wie außerhalb desselben zum Gegenstande bestiger Angriffe gemacht worden; er wunderte sich, daß nicht die Redactrice gemisser leitender Journale vor die Schranken des Hauses geladen würden. Das Haus müsse sich vorsehen, daß es seine Unabhängigkeit nicht der Gnade einer von einer tyrannischen Majorität unterstützten Regierung preisgabe.

Nachdem noch die Deputirten Sullivan, M'Carthy, Hopwood, Mitchell Henry und Callan für, Sir C. Bowper, Jenkins und Vivian gegen die Resolution Parnells gesprochen, wurde letztere mit 421 gegen 29 Stimmen verworfen.

Mit der Minorität, welche die ganze irische Home Rule Partei umfaßte, stimmen auch folgende sechs englische Deputirten: Jacob Bright, Hopwood, Macdonald, Courtney, Kenealy und Sir Wilfrid Lawson.

Die Debatte über den Gegenantrag des Schatzkanzlers wurde in der Abendsitzung fortgesetzt.

Mr. Grey bringt ein Amendement ein, welches die Anfertigung von Notizen durch einen Beamten, ohne vorausgegangene Genehmigung des Hauses verbietet und den Zutritt des bisher mit dieser Arbeit beauftrauten Beamten für unstatthaft erklärt.

Nach einigen Bemerkungen der Herren D. Morgan, Biggar, King-Harman, Jacob Bright und Sir J. Lubbock weist der Schatzkanzler darauf hin, daß die Unterstützer des Amendements nichts Anderes, als die Verhinderung des Vertrauensvotums für den Sprecher bewecken. Bald darauf ging das Haus zur Abstimmung über und wies das Amendement mit 292 gegen 24 Stimmen zurück, worauf die ministerielle Vertrauens-Resolution für den Sprecher unter großem Jubel mit ungeheurem Majorität angenommen wird.

## Rußland.

4 Petersburg, 10. Juli. (Original-Correspondenz.) [Auswanderung der Muhammedaner. — Fürst Alexander.] Obwohl die offizielle Presse es sich in letzter Zeit augenscheinlich zur Aufgabe gemacht hat, die Auswanderung der Muhammedaner aus Asien nach der Türkei in Abrede zu stellen, so laufen doch immer neue das Factum bestätigende Nachrichten aus Batum ein, die um so glaubwürdiger erscheinen, als diese der Regierung höchst unange-

nehme Thatsache sich vor den Augen der Einwohner im Hafen der Stadt selbst vollzieht. Bis zum 24. Juni hatten sich bereits über 1000 Familien, zum Theil aus Nieder-Asien, auf türkischen Dampfern nach Trapezunt eingeschifft, von wo sie sich nach den ihnen vom Sultan angewiesenen Gebieten der Vilajets Erserum und Diarbey begaben. Im Ganzen zählt, wie offizielle statistische Erhebungen angeben, das neu erworbene Gebiet des muhammedanischen Russlands 33,500 Familien, von denen auf den Bezirk Adscharien 8000 kommen. Wenn man hieraus auch sieht, daß der Procentsatz der Emigranten bisher kein allzu großer gewesen ist, so hat die Regierung doch alle Veranlassung einer Bewegung zu steuern, welche in den annexirten Provinzen leicht bedrohliche Dimensionen annehmen könnte. Was Russland braucht, so drückt sich neulich ein hiesiges gegen jede Gebietsverweiterung des Reiches aufstrebendes Blatt treffend aus, sind Hände, aber kein Zuwachs an Land! Und in der That hat bisher bei der dünnen Bevölkerung des Reiches jede Absorption von Arbeitskräften der Regierung erwiesenermaßen große national-ökonomische Schwierigkeiten bereitet. Neben die Ursachen der Auswanderung scheinen die Ansichten auseinander zu gehen. Bekanntlich hatte eine Deputation der Adscharen nach Beendigung des russisch-türkischen Krieges den neuen Behörden feierlich die Erklärung abgegeben, nicht sämliche Waffen abzulefern, sondern auch im Lande zu bleiben. Die Motive zu dem nunmehrigen Wortbrüche müssen also besonders gewichtiger Natur gewesen sein. Nach Angabe der Emigranten selber dürfte als Hauptgrund der besondere Ruf anzusehen sein, dessen die Adscharen sich bei den Russen erfreuen. Sie sind gewissermaßen das dortige „Karnitel.“ Morde, Diebstähle, Räubereien in jenen Gegenen würden ihnen in die Schuhe geschoben und dadurch dürfte zugleich auch das Gerücht seine Bestätigung finden, wonach türkische Agitatoren in der Gestalt von Mullahs gerade bei dieser Bevölkerung ein williges Gehör gefunden haben. — Auch die von den Türken während des Krieges aus Suhum-Kale nach dem Gebiet von Batum übergesiedelten Adchasen wollen letzteres verlassen, um nach ihrer alten Heimat im Kaukasus zurückzukehren. Bei der kürzlichen Anwesenheit des Großfürsten Constantin in der neu erworbenen Hafenstadt reichten dieselben ein diesbezügliches Gesuch ein, welchem auch seitens der Regierung voraussichtlich Gewähr geleistet werden wird. — Der Einzug des jungen Bulgarenfürsten in sein Reich bildet natürlich auch hier in der Presse das Tagesgespräch. Doch will es uns scheinen, als ob der den slavophilen Organen sonst zu Gebote stehende Phasenreichthum sich bei Gelegenheit der Wahl Alexander I. einigermaßen erhöht hat. Das Ereignis wird mit einer gewissen gemessenen, hier seltsamen Ruhe besprochen, zu welcher sich nur eins der slavophilen Hauptorgane die „St. Pet. Wedomost“ nicht verstehen will. Dieses Blatt wittert bereits bei dem Einzuge des Fürsten in Varna einen bismarckischen Einfluss auf denselben. Ist doch in der dort an die Bulgaren veröffentlichten Proclamation „kein Wort vom Kaiser, kein Wort vom russischen Volk, kein Wort vom Pan-slavismus“ gesagt! In ihrem Unwillen gehen die „St. Petersb. Wedomost“ so weit, daß sie den Fürsten daran erinnern zu müssen glauben, daß Bulgarien ohne Russland undenkbar sei. Nur dann könnte Alles gut werden, wenn er alles Deutsche abstreife und ein aufrichtiger Slavo-Bulgare werde.

## Das manische Reich.

P. C. Konstantinopel, 7. Juli. [Der Empfang des Fürsten Alexander.] Der Besuch, den der Fürst von Bulgarien dem Sultan abgestattet hat, war von mehreren seltsamen und noch wenig bekannten Zwischenfällen begleitet. Die hiesige bulgarische Colonie, die mehr als 12,000 Seelen zählt, hatte zu Ehren des jungen Fürsten eine Demonstration projectirt, die innerhalb der Grenzen der strictesten Gesetzlichkeit sich bewegen sollte. Einige reiche Notable hatten vier Dampfschiffe gemietet, um auf denselben dem Fürsten entgegen zu fahren. Die Schiffe sollten etwa 5000 Bulgaren an Bord haben, darunter 50 Böblinge des Robert-Collegiums, 20 junge Mädchen der bulgarischen Schule von Bebek, sowie Böblinge der bulgarischen Schule des Phanar und der amerikanischen Schule von Scutari, endlich sollten auf jedem Schiffe eine Musikkapelle und ein Buffet sich befinden. Um ja nicht gegen die Gesetzlichkeit zu verstossen, wurde der Hafenvorsteher um die diesbezügliche Erlaubniß angegangen. Letzterer berichtete hierüber dem Marineminister Rassim Pascha, der ehemals Gouverneur des Donau-Vilajets war. Ein bulgarischer Notabler, russischer Unterkhan, begab sich gleichfalls in dieser Angelegenheit zu Rassim Pascha; dieser erklärte jedoch in nicht gar höflicher Weise, daß er die Erlaubniß nicht ertheile und auch allen Raibis (Raib-Führern) untersagen werde, einzelne Bulgaren zum Dampfer „Großfürst Constantin“ zu führen, mit welchem Fürst Alexander eintrifft. Der Marineminister hielt sein Wort und an beiden Ufern des Bosporus wurden strenge Befehle ausgegeben, daß mit Raibis nur Muselmänner befördert werden dürfen; doch sei es den Christen gestattet, sich der großen Schiffe der Gesellschaft „Schirlet Hairie“ zu bedienen. Es ist wahr, daß diese Vorsichtsmaßregeln nicht blos gegen die Bulgaren, sondern auch gegen die Griechen und die von Bulgarien geflüchteten Muselmänner ergripen worden waren. Man befürchtete Manifestationen oder gab sich wenigstens den Anschein, als ob man solche Bevorgnisse hegte. Etwa 10 bulgarische Notable, unter Führung des Dr. Kanakowksi, und eines 90jährigen Greises, schifften sich auf einem die russische Flagge führenden Dampfer der russischen Agentie ein und erreichten den „Großfürst Constantin“ gerade in dem Momente, als Fürst Alexander sich ausschiffte, um sich in das Palais zu begeben. — Als der Fürst später die getroffenen kleinlichen Maßregeln erfuhr, bedauerte er, dies nicht früher gewußt zu haben, weil er sich beim Sultan darüber belästigt hätte. Der „

Nach einigen hösichen Worten zog sich der Fürst zurück, um sich in den Saal zu begeben, wo Erfrischungen serviert wurden. Sodann kehrte er an Bord des „Großfürsten Constant“ zurück, wo er von den Dragomans der sechs Signatarmäthe des Berliner Vertrages erwartet und beglückwünscht wurde. Er empfing sodann die zehn bulgarischen Notabeln, von denen oben die Rede war, und begab sich hierauf mit dem russischen Botshafter, Fürsten Lobanoff, nach Bujukdere zum Diner. Um 9 Uhr Abends schiffte sich der Fürst nach Varna ein.

Den Investiturs-Berat hat Fürst Alexander noch nicht erhalten; derselbe wird ihm erst später durch einen Special-Gefandten des Sultans überbracht werden. Während der Anwesenheit des Fürsten wurden das Palais und der Alibiz-Kiosk-Park von einem dichten Truppen-Gordon bewacht. Diese außerordentlichen Vorsichtsmaßregeln gaben zu dem Gerüchte Veranlassung, daß Er-Sultan Murad aus dem Escheragan-Palais mit Hilfe seiner Anhänger entwichen sei.

## Provinzial-Beitung.

Schmiedeberg, 13. Juli. [Bewegung der Bevölkerung in den Jahren 1877–1878.] Im Jahre 1877 sind hier im Ganzen 151 Kinder geboren worden, davon waren 10 todtgeboren, 10 lebend geboren 141; gestorben sind 141 Personen. Der Procentzah der Todtgeborenen zu den lebend Geborenen ist  $7\frac{1}{2}\%$ , der Procentzah der Todtgeborenen zu den überhaupt Geborenen  $6\frac{9}{10}\%$ . Im Jahre 1878 sind überhaupt geboren worden 164 Kinder, davon 11 todtgeboren, 11 lebend geboren 153, gestorben 184 Personen. Das würde eine Abnahme der Bevölkerung um 31 Personen ergeben, wenn dieselbe nicht durch Zuzug ersetzt worden wäre. Der Procentzah der Todtgeborenen zu den lebend Geborenen ist  $7\frac{2}{3}\%$ , und der Procentzah der Todtgeborenen zu den überhaupt Geborenen  $6\frac{9}{10}\%$ . Nach der uns vorliegenden Tabelle des königl. preußischen Statistischen Bureaus wurden im Jahre 1877 im ganzen preußischen Staate überhaupt geboren 1,092,209 Kinder, davon 10 todtgeboren 44,457 und lebend geboren 1,047,752. Der Procentzah der Todtgeborenen zu den überhaupt Geborenen ist demnach  $4\frac{7}{10}\%$ , und der Procentzah der Todtgeborenen zu den lebend Geborenen ungefähr 4%, also ein niedrigerer, als der oben angegebene am hiesigen Orte. Von den 184 im Jahre 1878 gestorbenen Personen starben im ersten Lebensjahr 54 =  $29\frac{1}{2}\%$  aller Gestorbenen, im zweiten Jahr 23 =  $12\frac{1}{2}\%$ , also in den ersten beiden Jahren  $41\frac{1}{2}\%$  aller Gestorbenen, und zwar an folgenden Krankheiten: Es starben an Darmkatarrh 3, Krämpfen 52, Hautschwund 1, Schwäche 9, Keuchhusten 1, Schwämme 4, Darmgicht 4, Brechdurchfall 3, Summe 77. Nach den bisher gemachten Beobachtungen durfte ein günstigeres Resultat nicht erwartet werden, da die Unfälle der künstlichen Ernährung hier allgemein stattfinden und es zu den großen Seltenheiten gehört, daß ein neugeborenes Kind auf natürliche Weise genährt wird. Im Alter von über 2 Jahren starben 8, 3 Jahren 4, von 3–8 Jahren 7, von 8–13 Jahren 8, von 13 bis 18 Jahren 2, von 18–23 Jahren 3, von 23–28 Jahren 3, von 28 bis 33 Jahren 3, von 33–38 Jahren 5, von 38–43 Jahren 4, von 43–48 Jahren 5, von 48–53 Jahren 4, von 53–58 Jahren 7, von 58–63 Jahren 8, von 63–68 Jahren 8, von 68–73 Jahren 7, von 73–78 Jahren 11, von 78–83 Jahren 3, von 83–88 Jahren 6, von 88–93 Jahren 1.

H. Hainau, 13. Juli. [Diebstahl. — Gefundheitszustand. — Militärisches. — Ferien.] Eine besuchswise sich hier aufhaltende ältere Frau, die das Fenster ihres Schlafzimmers nicht gehörig geschlossen hatte, so daß der eine Flügel durch irgend einen Aufall geöffnet worden war, gewährte zu ihrem Schrecken beim Morgenrauen einen Mann einzutreten, der sich zur Stubenhütte begab, die dort hängenden Sachen durchsuchte und mit dem darin vorgefundene, etwa 20 Mark enthaltenden Portemonnaie und mehreren Kleidungsstückern auf denselben Wege sich entfernte. Jetzt hielt es die Frau, welche aus Furcht vor etwigen Thätildekeiten das Schlafen simulirt hatte, für gerathen, dem Theile nachzuwalten, welchem sie, während er durchs Fenster trock, einige der entwendeten Gegenstände zu entreißen vermochte. Der Thäter ist bis jetzt unermittelt geblieben. — Der Gefundheitszustand, namentlich in der Umgegend, ist in Folge der naßkalten Witterung kein normaler zu nennen, da Diphtheritis und andere Halstrranke zahlreich, Masern dagegen vereinzelt auftreten. Heute Sonntag, ist endlich wieder heiteres, sonniges Wetter, das Bestand zu nehmen scheint. — Morgen wird unter Leitung des Abteilungs-Chefs im großen Generalstabe, Ober-Capitain v. Manthey, das, eine Instructions- und Übungstreise ausführende Commando der königl. Kriegs-Akademie in Berlin, von Goldberg her, hier eintreffen. Dasselbe besteht aus 41 Offizieren, 61 Unteroffizieren und 60 Pferden und wird in der Stadt auf einen Tag Quartier beziehen. — Die dreiwöchentlichen Sommerferien der beiden städt. Elementarschulen beginnen mit dem 21. d. Mis. Dieselben hatten früher nur die Dauer von  $2\frac{1}{2}$  Wochen, da auch der zweite Tag der hier im Jahre vier Mal abgehaltenen Jahrmarkts frei war. Das bezüglich des Anfangs der Ferien sämtlicher Elementarschulen des Kreises eine einheitliche Bestimmung fehlt, wird vielleit bedauert und hat auch mancherlei Unbehagen. Sonntag, ist endlich wieder heiteres, sonniges Wetter, das Bestand zu nehmen scheint. — Morgen wird unter Leitung des Abteilungs-Chefs im großen Generalstabe, Ober-Capitain v. Manthey, das, eine Instructions- und Übungstreise ausführende Commando der königl. Kriegs-Akademie in Berlin, von Goldberg her, hier eintreffen. Dasselbe besteht aus 41 Offizieren, 61 Unteroffizieren und 60 Pferden und wird in der Stadt auf einen Tag Quartier beziehen. — Die dreiwöchentlichen Sommerferien der beiden städt. Elementarschulen beginnen mit dem 21. d. Mis. Dieselben hatten früher nur die Dauer von  $2\frac{1}{2}$  Wochen, da auch der zweite Tag der hier im Jahre vier Mal abgehaltenen Jahrmarkts frei war. Das bezüglich des Anfangs der Ferien sämtlicher Elementarschulen des Kreises eine einheitliche Bestimmung fehlt, wird vielleit bedauert und hat auch mancherlei Unbehagen.

△ Steinau, 12. Juli. [Ernteaussichten. — Witterung. — Ober-Erholzgeschäft. — Ferien. — Prüfungen. — Grundsteinlegung. — Jubiläum.] Der Stand der Feld- und Gartenfrüchte bestätigt bei ausreichender Bodenfeuchtigkeit und entsprechend günstiger Temperatur zu den schönen Hoffnungen. Die begonnene Rapsernte erleidet leider in Folge der österr. wiederkehrenden Regenschauer eine bedeutende Verzögerung und dürfte ein Ausspringen der Lajinen unausbleiblich sein. Roggen steht zumeist schön und haben in diesen Tagen einzelne Bewässer mit dem Schneiden begonnen. Hafer und Gerste haben sich gut entwickelt. Kartoffeln, Mais und Rüben stehen ausgesetzt und versprechen eine reichliche Ernte. Flachs läßt ebenfalls nichts zu wünschen übrig. Ebenso dürfte die Obstsorte allem Anschein nach sehr befriedigend ausfallen. — Seit einigen Tagen haben wir hier eine sehr niedrige Temperatur, trotzdem aber häufig Gewitter mit Regensturm verbunden. Gestern Abend gegen 8 Uhr entzündete sich über unserer Stadt wiederum ein Gewitter, welches von heftigem Regen und starkem Hagelschlag begleitet war. Glücklicherweise erreichten die Eisbürchen nur die Größe von Erbsen und ging das Unwetter schnell vorüber. — In diesen Tagen sind im hiesigen Kreis-Amtsbaue das Ober-Erholzgeschäft, verbunden mit dem Invaliden-Prüfungs-Verein, für den Ausbildungsbereich Steinau statt. Die Ober-Erholz-Commission war vertreten durch den General-Major und Brigade-Commandeur Freiherrn v. Wechmar als Militärvorständen und den Regierungs- und Militär-Departements-Nath Eberhard als Civilvorständen. Die Erholz-Commission bestand aus dem Oberst-Lieutenant und Bezirks-Commandeur v. Derschau, dem Landrat v. Löper, dem Ober-Stabsarzt 1. Klasse und Regimentsarzt Dr. Kutter vom Husaren-Regiment Nr. 6 und dem Premier-Lieutenant und Brigade-Adjutanten v. Wulffen. Von den erschienenen Mannschaften wurden 72 als tauglich zum Militärdienst befunden, 40 zur Erholz-Reserve 1. Klasse deklariert und ein Theil noch auf 1 Jahr zurückgestellt. — Mit dem heutigen Tage beginnen beim hiesigen königlichen Lehrer-Seminar und der damit verbundenen Übungsschule die Ernteferien, welche eine Dauer von 4 Wochen haben. Der Unterricht beginnt demnach Montag, den 11. August. Die diesjährige Sommerferien für die evangelische und katholische Stadtschule beginnen Montag, den 21. Juli und enden Sonnabend, den 9. August. Für die Landsschulen des Kreises ist für die diesjährige Ernteferien die Zeit vom 17. bis einschließlich 30. Juli festgesetzt worden. — Die diesjährige Commissionsprüfung am hiesigen königl. Lehrer-Seminar wird in Verbindung mit der Prüfung der Seminar-Abiturienten vom 18. September ab stattfinden. Die Präparations-Prüfung beabsichtigt Aufnahme in das genannte Seminar beginnt am 25. September mit den schriftlichen Arbeiten. — Im Laufe des heutigen Vormittags fand die feierliche Grundsteinlegung zu der hiesigen Zuckerfabrik statt. — Wie wir aus ganz sicherer Quelle vernnehmen, steht für Steinau im Laufe dieses Herbstes eine schöne Feier bevor. Sämtliche ehemalige Jöglinge des königl. Lehrer-Seminars aus den Jahrgängen 1852, 1853 und 1854 gedenken Ende September am hiesigen Orte den Grinnerungstag an den Austritt aus dem Seminar feierlich zu begehen.

△ Schweidnitz, 13. Juli. [Landratsamt. — Kreistag. — Kirchliches. — Enthüllung eines Denkmals.] Der Landrat des hiesigen Kreises, Baron von Beßlich, hat vor einigen Tagen seinen Urlaub ange treten. Während der nächsten sechs Wochen ist der Kreisdeputierte Pohl in Groß-Mohnau mit der Vertretung betraut. — In der letzten Sitzung des

Kreistages stand unter anderem Vorlagen auf der Tagesordnung, die Proposition bezüglich des Baues von vier Thaußen im hiesigen Kreise, die in den nächsten zehn Jahren zur Ausführung kommen sollten. Ein endgültiger Besluß wurde in dieser Angelegenheit nicht gefasst, dieselbe vielmehr zu nochmaliger Erwähnung dem Kreisausschuß überlassen. Die Wahl der Vertrauensmänner für die Amtsgerichte Schweidnitz, Freiburg und Bobben, welche als Beifitzer in dem Ausschuß behufs Bildung der Jahresliste der Schöffen und Geschworenen fungiren sollen, wurde vollzogen. — An der hiesigen evangelischen Dreifaltigkeits- oder Friedenskirche wird demnächst die Stelle des fünften Geistlichen oder zweiten Diaconus vacant, da nach dem im Monat October vorigen Jahres erfolgten Tode des Pastor prim. H. a. d. das Advancement der andern vier Geistlichen von dem Gemeinde-Kirchenrat beschlossen worden ist. Die Bestätigung der Vocation des Senior Kolffs zum Pastor prim. ist seitens des königlichen Consistoriums zu Breslau bereits im Monat April d. J. erfolgt. Die Vocationen für die anderen ascendenten Geistlichen sind dem Bernehr nach erst vor Kurzem vollzogen worden. Nachdem deren Bestätigung eingetroffen sein wird, soll die Wiederbelebung der letzten Stelle in Aussicht genommen werden. — Die schlesischen Logen des Systems Royal York haben dem vor Jahresfrist hierorts verstorbenen königlichen Justizrat H. d. Denkmal an seiner Ruhestätte auf dem hiesigen evangelischen Friedhofe setzen lassen, da der Verstorbene, dessen Tod auch in anderen Kreisen vielfach betrauert worden, in den letzten Jahren als Provinzial-Großmeister dieser Logen fungirt hat. Die Enthüllung des geschmackvollen Monuments ist heute in Gegenwart einer zahlreichen Versammlung der Mitglieder dieser Logen erfolgt.

n. Bernstadt, 13. Juli. [Racheact. — Muthmäßliches Verbrechen. — Lehrer-Verein. — Gemischter Gesang-Verein.] In der Nacht vom 6. zum 7. d. M. wurden in der Nähe der Wärterbude Nr. 40 bei Neudorf auf die Schienen der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn 3 Nummersteine gelegt, jedensfalls um einen Unglücksfall herbeizuführen. Glücklicherweise wurden dieselben noch rechtzeitig gefunden und so der Plan vereitelt. Bei Besichtigung der betroffenen Stelle durch den Oberbahmeister Reinsch aus Namslau und den Gendarmer-Brieger von hier wurden Fußspuren entdeckt. Die Stiefelsohlen nebst Absatz waren ziemlich deutlich und frisch abgedrückt. Der Verdacht der Ausführung dieses Verbrechens fiel auf den Inwohner G. M. in Neudorf. Derselbe war wegen Körperverletzung des Bahnwärter Wagner in Neudorf bestraft und aus der Bahnarbeit entlassen worden und soll dem W. gedroht haben, ihn ebenfalls aus dem Dienste zu bringen. Es wurde auch ermittelt, daß M. an dem qu. Abend erst aus dem Gaithause, in welchem W. wohnt, weggegangen war, als er wußte, daß Lehrer schlafen gegangen. Die in Folge dessen bei M. abgeholten Stiefeln paßten auch ganz genau in die vorgefundene Fußspuren hinein und sind dieselben deshalb sofort in fiktive Verwahrung genommen worden. Der königl. Staatsanwaltschaft wurde von dem Vorfall Anzeige gemacht. — Gestern früh, ca. halb 5 Uhr, wurde der in den zu Bielguth gehörigen sog. Berghäusern bisher wohnhaft gewesene, beinahe 60 Jahre alte Auszüger Gottlieb Heinzelmann von seinem Sohne tot in Wedel-Haus aufgefunden. Am Kopfe der Leiche waren mehrere nicht unerhebliche Verlegerungen sichtbar, die jedenfalls durch Schläge mit einem Stocke beigebracht worden sind. Es liegt deshalb die Vermuthung nahe, daß hier ein vorzägliches Verbrechen vorliegt. Der dringende Verdacht, dasselbe ausgeführt zu haben, lenkt sich auf den Freigärtner Gottlieb Kr. daselbst, welcher im vorigen Jahre die Heinzelmann'sche Besitzung und zwar angeblich zu teuer gekauft hat und seitdem mit H. in beständiger Feindschaft lebt. Auch hat der Kr. dem Heinzelmann öffentlich gedroht, ihn zu ersticken oder mit der Düngheregel zu erstechen. Der Kr. giebt nun zwar an, er sei am Freitag Abend erstmals um 11 Uhr von der Maurerarbeit nach Hause gekommen; er ist aber, wie bereits ermittelt wurde, schon vor 10 Uhr von einem Knechte aus Bielguth unter den Fenstern des Schlegel'schen Gasthauses, in welchem Heinzelmann mit mehreren andern Gästen bis 10½ Uhr war, gefeuert worden, hat sich also auch dadurch verdächtig gemacht. Die morgen stattfindende Section der Leiche wird wohl etwas Näheres über die Todesursache des Heinzelmann, der als Mitglied des Kriegervereins nächsten Dienstag mit den üblichen militärischen Ehrenbezeugungen zur Ruhe bestattet werden soll, ergeben. — Gestern Nachmittag hielten die beiden Lehrervereine Bernstadt und Postelwitz-Mühlhausen in Döbel's Restauration in Potschau eine gemeinschaftliche Sitzung ab, wobei Lehrer Scholz aus Klein-Mühlhausen einen Vortrag über die Behandlung des 5. Gebots hielt, an den sich eine lange Debatte anschloß. Der hiesige „Gemischte Gesang-Verein“ hat heute beschlossen, anstatt einer Rahmenparty, Mittwoch, 16. d. Mis., auf Leiterwagen einen Ausflug nach Lampersdorf zu machen. Die Kosten für die Wagen u. werden aus der Vereinkasse gedeckt.

○ Aus dem Militsch-Trachenberger Kreise, 14. Juli. [Hundesteuer. — Bröckwillige Brandstiftung. — Vom Blitz betäubt. — Heuschoberbrand. — Erschossen.] Mit dem 1. October cr. tritt das Reglement über Zahlung der Hundesteuer in der Stadt Militsch in Kraft. Für jeden entwöhnten Hund sind jährlich 6 Mark in halbjährigen Terminen, am 1. April und 1. October prænum, zu zahlen, der Betrag dieser Steuer wird der Armenkasse der Stadt Militsch überwiesen. Frei von der Steuer sind die Eigentümer solcher Hunde, die entweder zur Bewachung oder zum Gewerbe unentbehrlich sind. Jeder Fleischer hat zu seinem Gewerbe nur einen Hund frei. Jagdhunde sind der Steuer unterworfen. Die steuerfreien Wachhunde müssen an der Kette oder eingekettet gehalten werden. — In der Nacht vom 12. zum 13. d. M. brannte das Dominium Schenzl bei Sulau zum Theil ab, nur das Wohnhaus und ein neuer Schafstall sind verschont geblieben. Es sollen dabei über 300 Schafe, ein Pferd und mehrere Stück Jungvieh verbrannt sein. Das Feuer ist an drei Stellen angelegt worden. Der Brandstifter ist noch nicht ermittelt. — Vor einigen Tagen ging die Ehefrau des Schuhmachers Weinmann aus Trachenberg mit ihren beiden erwachsenen Töchtern gegen Abend nach einem nahegelegenen Dorfe. Unterwegs überraschte sie ein Gewitter, sie traten unter einen Strauch, der Blitz schlug daselbst ein und betäubte die Mutter und eine der Töchter, die andere Tochter holte einen Wagen herbei und die beiden betäubten wurden in das in der Nähe befindliche städtische Krankenhaus gebracht, wo sie durch ärztliche Hilfe wieder zum Bewußtsein gelangten. Jetzt sind die beiden wieder hergestellt. — Bei demselben Gewitter schlug der Blitz auf den Wäschewiesen in einen großen Heuschober, welcher niedergebrannte. — Vorige Woche wurde ein Kirchenpächter in der Nähe von Braunsbach auf der Chaussee erschossen gefunden. Der Mord war in der Nacht verübt worden. Bei der Obduction wurden acht Steine im linken Schienbein gefunden. Es muß jedenfalls ein Act der Rache vorliegen. Der Erschossene hat den Feldzug von 1870/71 gegen Frankreich mitgemacht. Dem Thäter ist man auf der Spur.

○ Lublinitz, 12. Juli. [Elementarschule.] Unsere Simultanschule, seit Ostern 1878 bestehend und in sieben Klassen ca. 450 Kinder enthaltend, darunter über 100 polnische Dorfkinder, hat am 1. Mai c. einen großen Verlust erlitten. Es starb an diesem Tage nach längerer Krankheit der Sektor Wütsch, bis zu Ostern 1878 Lehrer der evangelischen Schule, ein Mann von großem Lehrgeschick, unermüdlichem Eifer und großer Berufsliebe. Über 40 Jahre hat er unserer Stadt seine Kräfte gewidmet. In der zwei Tage nach der Beerdigung des braven Lehrers abgehaltenen Sitzung der Schuldeputation, deren Präsident der Bürgermeister, wurde einstimmig die Meinung ausgesprochen, man sei der evangelischen Gemeinde schuldig, die vacante Stelle mit einem tüchtigen, erfahrenden, dabei musikalischen und der polnischen Sprache mächtigen Lehrer zu besetzen und dem Nachfolger des Wütsch das volle Gehalt mit 1350 Mark zu gewähren. Damit war auch die königliche Regierung einverstanden, welche zu diesem Gehalte einen Jahreszuschuß von 930 Mark gegeben (die Stadt zahlt 280 M. die Kirche 90 M.). Nicht so der Magistrat als Patron der Schule. Er hat die Stelle mit 1050 M. ausgeschrieben – 900 M. baar incl. 90 M. kirchlichen Entnommens und 150 M. durch Anrechnung der Wohnung – und will die verbleibenden 300 M. zur Ausbeistung der Gehälter der drei ältesten Lehrer verwenden. Der Erfolg des Ausschreibens muß als ein ungünstiger bezeichnet werden; es haben sich drei blutungeheure Lehrer gemeldet, denen doch sicher nicht die Ertheilung des Religionsunterrichts an 12–14 Jahren alte Kinder anvertraut, denen eben so wenig ein Organistenamt übergeben werden kann. Judem haben diese drei Candidaten ihre zweite Prüfung noch nicht abgelegt. Es ist unzweifelhaft zu bedauern, daß die wichtige Schulangelegenheit aus Spartheimtrücksicht in die Gefahr gedrängt wird, nicht nur zu Ungunsten der evangelischen Gemeinde, sondern auch zum Nachtheil der ganzen Schule einen bedenklichen Verlauf zu nehmen. Eben so zu befürchten ist, daß in der Wiederbelebung der vacanten Stelle ein Stillstand eingetreten ist. Wie lange sollen die Mädchen der ersten und zweiten Klasse mit Halbtagsunterricht abgelebt werden? Die Erstern haben seit dem 1. Mai allwohentlich 8, also  $10 \times 8 = 80$  Unterrichtsstunden verloren, die Letzteren wöchentlich 6, also  $10 \times 6 = 60$ . Sprechen diese Zahlen nicht sehr deutlich? Und was sagen die Eltern dieser Kinder dazu?

○ Pitschen, 12. Juli. [Bezirks-Conferenz. — Kindesleiche. — Thierschutzverein.] Am vergangenen Mittwoch fand die diesjährige

dritte Bezirks-Lehrer-Conferenz im hiesigen Schulhouse statt. Nach Beendigung der Conferenz wurden einige Gesang-Vielen eingeläßt, da beschlossen worden war, an die letzte Conferenz im Herbst eine öffentliche Musikaufführung anzuschließen. — Vor einigen Tagen fand man in dem in der Zschomitzer Vorstadt gelegenen Leiche die Leiche eines neugeborenen Kindes, das mehrere schwere Contusionen am Schädelbein hatte und welches nach dem gerichtsärztlichen Gutachten gelebt haben muß. Der That dringend verdächtig ist eine hiesige Bürgerstochter, die bald nach Rückkehrwerbung der That unter verdächtigen Anzeichen sich aus ihrer Familie entfernt hat. Morgen hält der hiesige Thierschutzverein eine Vereinsitzung im Garten des Herrn Gürler ab, an die sich ein geselliges Vergnügen schließen wird. Auf dem im August c. in Gotha tagenden deutschen Thierschutz-Congresse wird der Verein durch ein Mitglied des Dresdener Vereins vertreten sein, das im Auftrage des hiesigen Vereins gegen die Vivisection stimmen wird.

## Handel, Industrie &c.

Berlin, 14. Juli. [Börse.] Von den gestrigen Privat-Berkehrs an den anderen Hauptbörsenplätzen waren bessere Notirungen gemeldet und erhöhte in Folge dessen auch die hiesige Börse in einer sehr festen Haltung. Trotz zeitweiser kleiner Abschwächungen blieb doch im Ganzen die Festigkeit bis zum Schluss die herrschende Tendenz, der geschäftliche Verkehr blieb in diesen sehr gering und belebte sich nur für einzelne Werthe, unter denen Laura-Aktionen sich ganz besonders auszeichneten. Für dieselben war eine sehr lebhafte Kauflust zu steigenden Preisen zu constatiren, und Veranlassung hierzu hatten nicht nur die neuen Aufträge, die der Laurahütte zugemessen sind, gegeben, sondern man legte auch in dieser Beziehung den aus Überseestädten gemeldeten höheren Eisenpreisen große Bedeutung bei. Die internationalen Speculationspapiere gingen mäßig um und vermochten auch nicht ganz belanglose Avancen zu erzielen. Oesterl. Credit-Aktionen nicht unbeliebt. Franzosen waren auch in einem Verkehr, nur Lombarden blieben sehr still. Die österr. Nebenbahnen trugen heute eine sehr hohe Börsenwert, ebenso wie Eisenbahnprioritäten still und unverändert. Auf dem Eisenbahnen-Markt hatte das Geschäft einen ruhigen Charakter angenommen, doch war die Tendenz im Allgemeinen sehr fest. Von den rheinisch-westfälischen Speculationspapiere waren Köln-Mindener und Rheinische bevorzugt. — Laurahütte und andere deutsche Staatspapiere, ebenso wie Eisenbahnprioritäten still und unverändert. Auf dem Eisenbahnen-Markt hatte das Geschäft einen ruhigen Charakter angenommen, doch war die Tendenz im Allgemeinen sehr fest. Von den rheinisch-westfälischen Speculationspapiere waren Köln-Mindener und Rheinische bevorzugt. — Laurahütte und andere deutsche Staatspapiere ebenso wie Eisenbahnprioritäten still und unverändert. Auf dem Eisenbahnen-Markt hatte das Geschäft einen ruhigen Charakter angenommen, doch war die Tendenz im Allgemeinen sehr fest. Von den rheinisch-westfälischen Speculationspapiere waren Köln-Mindener und Rheinische bevorzugt. — Laurahütte und andere deutsche Staatspapiere ebenso wie Eisenbahnprioritäten still und unverändert. Auf dem Eisenbahnen-Markt hatte das Geschäft einen ruhigen Charakter angenommen, doch war die Tendenz im Allgemeinen sehr fest. Von den rheinisch-westfälischen Speculationspapiere waren Köln-Mindener und Rheinische bevorzugt. — Laurahütte und andere deutsche Staatspapiere ebenso wie Eisenbahnprioritäten still und unverändert. Auf dem Eisenbahnen-Markt hatte das Geschäft einen ruhigen Charakter angenommen, doch war die Tendenz im Allgemeinen sehr fest. Von den rheinisch-westfälischen Speculationspapiere waren Köln-Mindener und Rheinische bevorzugt. — Laurahütte und andere deutsche Staatspapiere ebenso wie Eisenbahnprioritäten still und unverändert. Auf dem Eisenbahnen-Markt hatte das Geschäft einen ruhigen Charakter angenommen, doch war die Tendenz im Allgemeinen sehr fest. Von den rheinisch-westfälischen Speculationspapiere waren Köln-Mindener und Rheinische bevorzugt. — Laurahütte und andere deutsche Staatspapiere ebenso wie Eisenbahnprioritäten still und unverändert. Auf dem Eisenbahnen-Markt hatte das Geschäft einen ruhigen Charakter angenommen, doch war die Tendenz im Allgemeinen sehr fest. Von den rheinisch-westfälischen Speculationspapiere waren Köln-Mindener und Rheinische bevorzugt. — Laurahütte und andere deutsche Staatspapiere ebenso wie Eisenbahnprioritäten still und unver

# Berliner Börse vom 14. Juli 1879.

## Fonds und Geld-Course.

	Wochsel-Course.	
Deutsche Reichs-Anl.	29,10 bz	
Consolidirte Anleihe	47,00 bz	
do. 1878	49,25 bz	
Staats-Anleihe	49,15 bz	
Staats-Schulden-Anleihe	49,45 bz	
Franz.-Anleihe v. 1855	151,75 bzG	
Berliner Stadt-Oblig.	103,62 bz	
Berliner	103,10 bz	
Pommersche	88,25 bzG	
do.	98,45 bzG	
do.	104,20 bz	
do. Lüdtsch.Crd.	—	
Posenische neu	98,55 bzG	
Sachsenische	—	
Industrie	93,15 bz	
Kur. u. Neumärk.	95,75 bz	
Pommersche	95,50 G	
Posensche	88,40 bz	
Preussische	88,50 bzB	
Westf. u. Rhein.	90,50 bz	
Sächsische	95,50 bz	
Schlesische	90,50 bzB	
Badische	91,30 bz	
Bayerische 4% Anleihe	131,45 bz	
Cöln.-Mind.Prämiensch.	151,55 bz	
Staats. Rente von 1876	76,30 G	

## Hypotheken-Certifikats.

	Eisenbahn-Stamm-Aktionen.	
Krupp'sche Part.Ob.	116,80 bz	
Urb.Pfd. d. Pr.Hyp.	110,50 bzG	
do. do.	103,50 bz	
Deutsche Hyp.-Pfd.	98,40 bzG	
do. do. dc.	102,50 ozG	
Günd. br. Cent.-Bd. Cr.	102,50 bz	
*König. d. (1872)	104,75 bz	
do. rückab. à 110	110,25 bz	
do. do. do.	104,25 bz	
Cuk.H.d.Rd.Bd.Crd.	—	
de. III. Sch. Em.	103,10 bz	
Kön. d. Hyp.Schuldt.	—	
Hyp.-anth. Nerd.G-C-B	99,00 bzG	
do. do. Pfands.	85,99 bzG	
Fomm. Hyp.-Brücke	101,75 bz	
do. do. II. Em.	28,70 B	
Wsth. Präm.-Pf. I. Em.	115,25 bz	
do. do. II. Em.	109,75 G	
do. 45% Pfrkzbr.m. 110	154,10 bzG	
do. 45% do. m. 110	98,00 bzG	
Meiningen Präm.-Pfd.	116,80 bzG	
Pfd. d. Ost. Br.-Ge.	101,20 bzG	
Schles. Bodenr.-Pfd.	103,63 G	
do. do. 45% G	100,60 G	
Schles. Bodenr.-Pfd.	104,30 bz	
do. do. 45% G	101,50 bzG	

## Ausländische Fonds.

	Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.	
Dest. Silber.-B.	60,75 bzB	
do. 1/4% 1919	62,25 bzB	
do. Goldrente	49,30 bzG	
do. Papierrente	50,95 bz	
do. 5% Präm.	—	
do. Lott.-Anl. v. 63	124,00 B	
do. Credit-Loos	326,00 bz	
do. 64% Loos	292,00 B	
Muss. Präm.-Anl. v. 64	51 Ziehung	
do. do. 1836	148,25 bzG	
do. Orient-Anl. v. 1877	55,40-50 etbz	
do. II. v. 1878	58,60 bz	
do. Bod.-Crd.-Pfd.	17,40 bz	
do. Anleihe v. 1877	58,00 bzB	
do. Cent.-Bd.-Cr.-Pfd.	19,00 B	
do. Pfd. v. 1877	84,25 bz	
Teln. Liquid.-Pfd.	63,55 bz	
do. do. 100,20 bz	56,20 bz	
Amerik. rückz. p. 1881	101,20 B	
do. 50% Anleihe	161,25 G	
Ital. 50% Anleihe	81,25 bzG	
Ital. Tabak.-Oblig.	105,25 B	
Zaah-Grazer 100% Thlr.L	82,25 bzB	
Romanische Anleihe	108,60 B	
Türkische Anleihe	11,80 bz	
Dagar. Goldrente	82,75 bzB	
do. Loose (M. P. St.)	183,80 bz	
Eng. 50% Elsen.-Anl.	81,40 B	
do. Schatzanw.	—	
do. do. II. Abth. 6	102,50 G	
Schwedische 10 Thlr.-Loos	46,30 bz	
Finnische 10 Thlr.-Loos	37,60 G	
Türken-Loos	—	

## Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

	Bank-Papiere.	
Alg. Deut. Hand.-G.	2 4 \$1,00 G	
Anglo Deutsche Ek.	0 4 —	
Berl. Kassen.-Ver.	84/15 85/10	153,50 G
Berl. Handels.-Ges.	0 4 65,75 bzG	
Bri. Prd.-n.Hds.-B.	6 4 68,50 bz	
Braunschw. Bank	3 4 86,80 bzG	
Bresl. Disc.-Bank	3 4 78,90 bzG	
Bresl. Wechslerb.	54/3 4 85,80 bzG	
Coburg. Cred.-Bk.	5 4 73,50 bz	
Danziger Priv.-Bk.	0 4 106,15 G	
Darmst. Creditbk.	63/4 4 131,25 bzQ	
Darmst. Zettelb.	55/4 4 104,50 G	
Deutsch. Bank	6 29 6,25 bz	
do. Reichsbank	6 29 6,35 bz	
do. Hyp.-B. Berlin	7/4 4 89,50 G	
Disc.-Bank	5 61/2 4 155,80 G	
do. ult.	5 61/2 4 164,50-55,75	
Genossensch.-Bk.	51/4 4 99,00 bzG	
Goth. Grundrechd.	51/2 4 98,50 bzG	
do. junge	8 6 94,75 G	
Hamb. Versius.-B.	105/6 4 121,75 G	
Hannov. Bank	6 51/2 4 13,75 G	
Königsl. Ver.-Bk.	2 6 88,50 bzG	
Ludw.-E. Kiwecke	0 6 50,00 G	
Leipz. Cred.-Anst.	53/2 4 127,50 bzG	
Luxemb. Bank	61/2 4 124,25 bz	
Magdeburger do.	59/10 4 111,50 G	
Meiningen do.	2 21/2 4 81,50 bzB	
Nord. Bank	81/4 4 46,50 bzG	
Nordd. Gründcr.-B.	5 6 49,50 bzG	
Oberlausitzer Bk.	3 4 72,00 bzG	
Oest. Cred.-Action	83/5 4 47,91-8,12	
Posener Pro.-Bank	84/2 4 115,00 G	
Pr. Bod. Cr.-Act. B.	8 6 124,45 bzG	
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	91/2 4 109,40 G	
Sächs. Bank	59/4 4 109,40 G	
Schl. Bank-Versin	5 4 83,80 G	
Weimar. Bank	0 5 36,60 G	
Wiener Unionsk.	23/5 4 165,00 G	

## In Liquidation.

	In Liquidation.	
Berliner Bank	—	5,50 G
Berl. Bankverein	—	—
Berl. Wechsler-B.	—	fr.
Centr.al. f. Genos.	41/2 4 57,00 G	
do. H.	41/2 4 102,45 bz	
do. von 1869	5 102,20 bzG	
do. von 1873	4 58,00 G	
do. do. 1874	—	
do. Bries.-Neiss.	—	
do. Cosei-Oderb.	5 103,40 G	
do. do. 100,60 G	95,50 G	
do. Stargard.-Posen	101,60 G	
do. do. II. Em.	101,60 G	
do. do. III. Em.	101,60 G	
do. Ndrsch.Zwgb.	100,90 G	
Ostpreuss. Südbahn	102,70 G	
Österre.-Oder-Ufer-B.	102,70 G	
Schlesw. Eisenbahn	—	
Charkow.-Asow gar.	—	
do. do. in Pfd. Sclrl.	85,20 bzG	
Charkow.-Kremensch.	—	
do. do. in Pfd. Sterl.	—	
Charkow.-Lipetsk.	—	
Dux-Bodenbach	18,66 bzG	
do. II. Emision.	68,55 bz	
Frag-Dux	27,60 bzG	
Sal. Carl-Ludw.-Bahn	90,40 B	
do. do. neue	89,50 bzB	
Kaschau.-Oderberg	7,00 bzG	
Eng. Nordostbahn	65,60 bzG	
Ost. Ostbahn	63,50 bzG	
Lemberg.-Cserbowitz	2,70 bzB	
do. do. II.	75,35 bzG	
do. do. III.	66,55 bzG	
do. do. IV.	63,60 bzG	
Mährisch. Grenzbahn	61,75 G	
Währ.-Schl. Centralb.	23,75 bzG	
do. do. II.	fr.	
Kronpr. Rudolf-Bahn	55,10 bzB	
Westerr.-Französische	388,60 bzB	
do. II.	359,56 G	
do. südl. Staatsbahn	25,13 bzG	
do. neu	26,02 G	
do. Oftagilien	88,70 bzB	
Rumm. Eisenb.-Oblig.	94,20 bz	
Warschau-Wien II.	101,25 G	
do. III.	99,75 bz	
do. IV.	95,50 bzG	
do. V.	92,75 bzG	

	Industrie-Papiere.	
Berl. Eisenb.-Bd.-A.	fr.	
D. Eisenbahn-G.	0 6 8,00 bzG	
do. Reichs-u. Co.	0 6 92,00 bzG	
Märk. Sch. Masch.G	0 6 27,75 bzG	
Nordd. Gummifab.	4 4 51,06 G	
Westond. Com.-G.	— fr.	
Pr. Hyp.-Vers.-Act.</		